

Protokollauszug

aus der

17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion - Videokonferenz vom 18.05.2021

öffentlich

Top 4.4 Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen 21/SVV/0395 ungeändert beschlossen

Frau Tietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Reisenweber (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) erklärt, dass der Fachbereich auf die Familienberatungsstellen fokussiert ist. Sie macht deutlich, dass bereits vor der Pandemie ein großer Bedarf bestand. Die Beratungsstellen sollten möglichst ausgebaut werden.

Im psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich besteht ebenfalls ein großer Bedarf, der nicht im vollen Umfang gedeckt werden. Hierzu gibt es Gespräche. Es wird auch Unterstützung auf Landesebene geben. Des Weiteren wird eine Erhöhung der Bettenkapazität im Klinikum Ernst von Bergmann benötigt.

Frau Reisenweber weist darauf hin, dass sozialpädagogische Gruppenarbeit an Schulen bereits ein Teil der Schulsozialarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die PLUS-Projekte, die sehr gut angenommen werden.

Auch mit dem Jugendhaus OASE gibt es seit vielen Jahren ein Alternativangebot zum „normalen“ Schulbetrieb. Sie weist auf die aktuellen weiteren Angebote hin, die vorgehalten werden.

Bezüglich der im letzten Anstrich des Antrags angesprochenen Arbeitsüberlastungen und Personalengpässe erklärt sie, dass es aktuell Stellenbesetzungsverfahren gibt, die in allen Bereichen erfolgreich waren. Es sind aber noch nicht alle Stellen besetzt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung will kurzfristig und unbürokratisch die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche in der Landeshauptstadt Potsdam an den durch die anhaltende Pandemiesituation gestiegenen Bedarf anpassen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und den freien Trägern der Jugendhilfe kurzfristig zu prüfen

- in welchen Beratungsstellen finanzielle und personelle Ressourcen aufgestockt werden müssen,
- welche medizinischen und therapeutischen Angebote finanziell und personell aufgestockt werden müssen,
- ob im Zuge der Wiederöffnung der Schulen und zur Bearbeitung der psychischen und sozialpädagogischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen im Zuge des Distanzunterrichtes und der gesellschaftlichen Einschränkungen „Hilfen zur Erziehung“ in Form von sozialpädagogischer Gruppenarbeit an Schulen angeboten werden können,
- inwieweit die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Freizeitbereich und vor allem in den Ferien für Kinder und Jugendliche unter bestimmten Bedingungen aufrechterhalten werden können und

- wie im Fachbereich 23 Arbeitsüberlastung und Personalengpässe abgebaut werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.